



## **Beispiele für im Nationalsozialismus verfolgte ehemalige SPD-Mitglieder (1933-1945)**

Aus den Ergebnissen politischer Wahlen sowohl kurz vor als auch nach der sogenannten Machtergreifung der Nationalsozialisten lässt sich ablesen, dass in den Aplerbecker Wahllokalen mehr Wähler für SPD und Kommunisten gestimmt hatten als für die NSDAP. Zwar büßten die beiden links gerichteten Parteien bei der Wahl am 5. März 1933 gegenüber der Wahl vom 6. November 1932 Stimmen ein, die Kommunisten sogar überaus deutlich. Dennoch verfügten beide Parteien gemeinsam noch über eine Wählerschaft, die die der Nationalsozialisten massiv übertraf.

	<i>Wahlergebnisse (Auszüge)</i>		
<i>Reichstagswahl</i>	<i>NSDAP</i>	<i>SPD</i>	<i>Kommunisten</i>
<i>06.11.1932</i>	1.499	1.785	1.890
<i>05.03.1933</i>	2.351	1.621	1.549

Basis der Wählerschaft waren die Parteimitglieder. Die verloren durch die von den Nationalsozialisten initiierten Parteiverbote ihre Basis. Nicht nur die ehemaligen Funktionäre der SPD und der KPD wurden von den Nationalsozialisten verfolgt. Auch einfache Parteimitglieder mussten Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen unterschiedlichsten Ausmaßes erleiden – auch den Verlust ihres Lebens.

### **Beispiel Friedrich Weiler**

Der Dortmunder Friedrich Weiler, geboren am 27. November 1898 erlernte den Beruf des Lackierers und übte diesen nach der Ausbildung auch aus. Er war seit 1919 Mitglied der SPD, von der er 1950 für seine 25jährige Mitgliedschaft geehrt wurde. Außerdem war er am 2. Juni 1919 dem Deutschen Metallarbeiterverband beigetreten. Das geht aus einem Schreiben der Nachfolgeorganisation, der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr aus dem Jahre 1954 hervor.

Friedrich Weiler trat am 17. Juni 1924 in die Dienste der Dortmunder Straßenbahnen GmbH. 1927 wurde er, der vorher Ersatzmann gewesen war, für einen ausgeschiedenen Kollegen Mitglied im Betriebsrat der Dortmunder Straßenbahnen. Ab 1928 stellte er sich dann als Kandidat bei den Betriebsratswahlen und wurde bei jeder Wahl bis 1933 wiedergewählt. Innerhalb des Betriebsrats fungierte er als Arbeiterratsvorsitzender. Diese Funktion hatte er bis zum 31. März 1933 inne. Dann übernahmen Mitglieder der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) den Betriebsrat der Dortmunder Straßenbahnen GmbH.

Bald nach dem Verlust seiner Betriebsratsmitgliedschaft verlor Friedrich Weiler auch seinen Arbeitsplatz. Mit Schreiben vom 8. Mai 1933 erhielt er seine Kündigung: *„Wir kündigen Ihnen hiermit Ihr Dienstverhältnis wegen Verdachtes staatsfeindlicher Einstellung zum 23.5.1933 und beurlauben Sie von heute ab unter Einschluss des Ihnen noch zustehenden tarifmässigen Urlaubs bis zum Tage Ihres Ausscheidens aus unseren Diensten am 23.5.1933 unter Fortzahlung des Lohnes. Der Lohn ist an den jeweils fälligen Zahltagen unmittelbar an der Hauptkasse abzuholen. Ihre Entlassungspapiere wollen Sie am 23.5.1933 im Lohnbüro in Empfang nehmen gegen Rückgabe der Ihnen zur Verfügung gestellten Ausweise.“* Gegen seine Kündigung legte Weiler zweimal Einspruch beim Regierungspräsidenten in Arnsberg ein, doch wurde er in beiden Fällen abschlägig beschieden.

Friedrich Weiler erinnerte sich später, dass beim Arbeitsamt Dortmund seine Karteikarte sofort „rot umrandet“ und „besonders abgelegt“ wurde. Statt der ihm zustehenden



wöchentlichen Unterstützung in Höhe von 14,40 RM, wurden ihm nur 9,95 RM gezahlt. Ab Februar 1934 wurden ihm laufend Notstandsarbeiten im Tiefbau zugewiesen. Die Beschäftigung im Tiefbau war nicht konstant, sie wurde immer wieder von Phasen unterbrochen, in denen er arbeitslos war. Vom 25. Februar 1935 bis zum 20. August 1936 arbeitete Weiler in seinem erlernten Beruf bei der Fa. Pohlschröder, dann wechselte er zum Leichentransportgeschäft Ludwig Rau, wo er bis September 1937 blieb.

Am 8. September 1937 wurde Friedrich Weiler wieder von der Dortmunder Straßenbahnen GmbH eingestellt. Doch während er bei seiner Entlassung 1933 Kolonnen- bzw. Gruppenführer war, wurde er nun als Neueingestellter geführt. Nach seinen Aussagen musste er die Mitgliedschaft bei DAF und NSV annehmen, doch wurde er nicht Mitglied der NSDAP. Ab dem 1. November 1941 wurde er wieder wie ein Gruppenführer bezahlt.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs behielt Friedrich Weiler seinen Arbeitsplatz bei der Dortmunder Straßenbahn GmbH. Auch wurde er wieder in den Betriebsrat gewählt und war zeitweise dessen 1. Vorsitzender. Er starb 1952.

### **Beispiel Karl Rininsland**

Karl Rininsland, Jahrgang 1889, war ein gebürtiger Aplerbecker, der an der Marsbruchstraße wohnte. 1918 trat er der SPD bei.

Rininsland war ausgebildeter Bergmann. Seinen Beruf musste er aber 1925 wegen Lungenasthma aufgeben; er wurde Invalide. Am 1. August 1928 trat er eine Stelle als Pferdepfleger bei der Schutzpolizei Dortmund in der Polizeikaserne in Dortmund-Wambel an. Diesen Beruf übte er bis 1933 aus. Am 17. Juni des Jahres wurde ihm gekündigt. Das Entlassungsschreiben des Polizeipräsidenten hatte diesen Wortlaut:

*„Gemäß § 3 der 2. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 4.5.1933 (RGBl. I. S223) entlasse ich Sie mit sofortiger Wirkung, da Sie nach Ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß Sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten. Ihre bisherigen Bezüge werden Ihnen bis einschl. 15.7.1933 belassen.“*

Nach seiner Entlassung war Karl Rininsland arbeitslos. Er bezog eine monatliche Knappschaftsrente in Höhe von 60 Reichsmark und eine Arbeitslosenunterstützung von 8 Mark /Monat. Seine Arbeitslosigkeit sollte fünf Jahre später währen.

Am 14. Juni 1938 wurde er von der Ludwig Föbus Betriebs GmbH, Kernstützenfabrik, Draht- und Drahtstiftwerk in Aplerbeck angestellt und als Bediener einer Scheuertrommel eingesetzt. Die tägliche Arbeitszeit dauerte acht Stunden, pro Stunde erhielt er 60 Pfennig Lohn. Die Scheuertrommel war eine Maschine, mit der Bleche entrostet wurden. Dabei entstand viel Staub. Sein Asthma-Leiden verschlimmerte sich erheblich. Deshalb schied er Ende März 1940 aus gesundheitlichen Gründen aus der Fa. Föbus aus.

Die Autogen Gasaccumulator GmbH, Acetylenwerk Dortmund, Juchostraße, Dortmund-Wambel stellte Karl Rininsland als Chemiewerker ein. Hier war er bis Juni 1945, als etwas über das Kriegsende hinaus beschäftigt. Seine Lungen waren nun stark geschädigt. Lagerarbeiten bei einer englischen Militäreinheit konnte er nicht lange ausführen. Ab 1951 lebte er von der Knappschaftsvollrente.

### **Beispiel Eduard Tschesch**

Der Gärtnermeister Eduard Tschesch wurde am 11. Dezember 1867 in Rettkau, Kreis Glogau /Niederschlesien geboren. Er lässt sich erstmals 1919 in Aplerbeck nachweisen und zwar aufgrund einer Bescheinigung der SPD Ortsgruppe Aplerbeck, aus der



hervorgeht, dass Tschesch vom 1. Juni 1919 bis zum Jahre 1933 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei war.

Seit 1922 war Eduard Tschesch beim Amt Aplerbeck angestellt. Er arbeitete als Desinfektor und Friedhofsgärtner auf dem Kommunalfriedhof an der Köln-Berliner Straße. Nach der Eingemeindung Aplerbecks nach Dortmund wurde er als Friedhofsgärtner übernommen. Wie seine Witwe später zu Protokoll gab, hatte er seine Aufgaben zur vollsten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten erfüllt.

Zum 1. Oktober 1935 wurde ihm gekündigt. Man begründete diesen Schritt damit, dass er wegen seines Alters seinem Amt nicht mehr nachkommen könnte. Tschesch stand damals in seinem 68. Lebensjahr. Seine Witwe sagte nach dem Krieg aber aus, dass er zu der Zeit für sein Alter noch sehr rüstig war und seinen Aufgaben gut hatte nachkommen können.

Die Gärtnerstelle auf dem Aplerbecker Friedhof wurde einem NSDAP-Parteigenossen, einem „alten Kämpfer“ übertragen, der wesentlich jünger als Tschesch war. Der Zeitzeuge Fritz Spetz, 1954 Stadtdirektor von Schwerte, erinnerte damals daran, *„daß es in den Jahren von 1933-1945 doch so war, daß kein Mensch Straßenkehrer werden konnte, ohne Mitglied der NSDAP zu sein. Die sogenannten alten Kämpfer präsentierten damals ihre faulen Wechsel und verlangten gute Stellen; nach dem Motto: Na, suchst du auch Pöstchen? (NSDAP). Hierbei mussten bekanntlich ordentliche, brave Menschen weichen.“* Tschesch war entschiedener Gegner des Nationalsozialismus, sein Amtsnachfolger auf dem Aplerbecker Friedhof das genaue Gegenteil, nämlich ein „alter Kämpfer“. Ein anderer Zeitzeuge, August Dellbrügge, gab an, dass Tschesch seine Arbeitsstelle in Aplerbeck nicht allein deshalb verloren hatte, weil ein „alter Kämpfer“ diesen Platz hatte einnehmen wollen, *„sondern weil Tschesch vor 1933 Mitglied der SPD war.“*

Der aus Altersgründen aus dem Amt getriebene Eduard Tschesch wurde doch weiter als Friedhofsgärtner beschäftigt. Sein Einsatzort war nun jedoch der kleinere Friedhof in Dortmund-Schüren. Für seine Tätigkeit dort erhielt Tschesch einen geringeren Lohn. Dabei sollte er aber mehr Arbeit haben als in Aplerbeck: Vom 1. Januar 1936 bis zum 11. April 1945 fanden in Schüren 821 Beisetzungen statt, in Aplerbecker nur 509. Eine weitere Erschwernis bestand darin, dass die Familie Tschesch in unmittelbarer Nähe zum Haupteingang des Aplerbecker Friedhofs wohnte. Um zum Friedhof nach Schüren zu kommen, musste er das Fahrrad benutzen. Seine regelmäßigen Aufenthalte in Schüren hatten auch zur Folge, dass er seine Gärtnerei in Aplerbeck, die er als selbständiger Gärtner betrieb, nicht in ordnungsgemäßen Zustand halten konnte, weshalb ihm hier ebenfalls großer Schaden entstand.

Der Minderverdienst gegenüber der früheren Situation führte auch dazu, dass die beiden Kinder der Eheleute Tschesch, die zum Jahreswechsel 1935/36 erst sieben bzw. drei Jahre alt waren, später nicht die Ausbildung erhalten konnten, die für sie vorgesehen war.

Eduard Tschesch wurde am 12. April 1945, dem Tag, an dem der Zweite Weltkrieg für Aplerbeck endete, durch ein US-amerikanisches Artilleriegeschoss getötet. Als er aus dem Leben gerissen wurde, war er gerade damit beschäftigt, einen ebenfalls bei dem Beschuss getöteten Nachbarn in die Trauerhalle des Aplerbecker Kommunalfriedhofs zu tragen.

### **Beispiel Jacob Götz**

Jacob Götz erblickte am 8. März 1882 in Sünna, Kreis Eisenach das Licht der Welt. Auf welchen Wegen er nach Aplerbeck kam, ist nicht mehr bekannt. Hier arbeitete er



als Bergmann, war verheiratet und hatte zwei Kinder. Die Familie wohnte seit Sommer 1917 an der Witthausstraße.

1918 trat Götz in die SPD ein und gehörte ihr bis 1933 an. Seine Tätigkeit als Mitglied des Aplerbecker Gemeinderats bis zur Auflösung des Gemeinderats aufgrund der Eingemeindung Aplerbecks nach Dortmund bezeugt sein politisches Engagement.

Jacob Götz besuchte immer wieder den Ratskeller in Aplerbeck um Skat oder Schach zu spielen, obwohl er dort auch von SA-Mitgliedern angerempelt wurde. 1935 wurde er vom Amtsgericht Hörde nach einer solchen Remperei zu einer Haftstrafe von acht Tagen verurteilt, „weil man in der Anzeige die Sachlage verdreht hatte.“

Am 7. Mai 1937 wurde Götz von anderen Gästen des Ratskellers zum Skatspiel eingeladen. Erst später erfuhr er, dass sich zu dem Zeitpunkt auch ein Spitzel der Gestapo im Lokal befunden hatte. Dieser zeigte Götz an, was seine Verhaftung zur Folge hatte. Was man ihm vorwarf, war ihm nicht bekannt. „Wie ich aber gehört habe, sollte ich von irgendeiner Seite Gelder bekommen haben für die Bekämpfung der Nazis. Ich habe aber nie Geld für diesen Zweck erhalten.“ Götz vermutete, dass man nur einen Vorwand gesucht hatte, um ihn zu verhaften. Schließlich waren seine politische Einstellung und seine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus bekannt.

Vom 8. Mai bis zum 16. August 1937 saß Jacob Götz in Haft. Drei Tage vor Haftende stellte die Generalstaatsanwaltschaft Hamm das Verfahren gegen Götz ein. Dieser vermutete, dass die Entscheidung der Staatsanwaltschaft darauf zurückgeführt werden musste, dass der Spitzel, der ihn verraten hatte, in der Zwischenzeit verstorben war. Damit fehlte dem Gericht der Hauptbelastungszeuge.

Jacob Götz überlebte den Zweiten Weltkrieg und den Nationalsozialismus. Am 1. Oktober 1945 trat er wieder in die SPD ein.

### **Beispiel Heinrich Weilke**

Heinrich Weilke wurde am 11. Januar 1900 in Aplerbeck geboren. Beruflich schlug er die Laufbahn eines Kommunalbeamten ein. Als 14jähriger begann er sein Erwerbsleben als Lehrling beim Kreisausschuss des Landkreises Hörde. Zehn Jahre später war er zum Kreisverwaltungsinspektor und Leiter des Kreiswohlfahrtsamtes aufgestiegen. Als der Landkreis Hörde im Rahmen der Eingemeindungen aufgelöst wurde, übernahm die Stadt Dortmund ihn als Stadtinspektor.

Auf Anordnung des Staatskommissars Schüler wurde Weilke, der zu dem Zeitpunkt Verwaltungsleiter des Städtischen Altersheims an der Schützenstraße und des Krankenhauses in Eving war, am 1. April 1933 vom Dortmunder Oberbürgermeister mit sofortiger Wirkung suspendiert. Am 1. Juli 1934 folgte seine Entlassung aufgrund des § 4 des Gesetzes über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus dem Dienst der Stadt Dortmund. Begründet wurde der Schritt mit „politischer Unzuverlässigkeit“, denn Weilke hatte seit 1919 der SPD und seit 1925 dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold angehört. Außerdem war er Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft gewesen. Mehrfach war er als Versammlungsredner aufgetreten. Seine Entlassung stützte sich auch auf Aussagen „alter Nazis“ wie die der Besitzerin des Aplerbecker Kinderheims und denen von Amtskollegen von Weilke. Nach ihren Aussagen soll Weilke sein Amt zum Nachteil politisch Andersdenkender genutzt haben.

1932 war Weilke dienstlich eine Wohnung im Altersheim an der Schützenstraße zugewiesen worden. Die musste er mit seiner Familie bereits kurz nach der Suspendierung, nämlich zum 30. Mai 1933 räumen. Das war vor allem deshalb prekär, weil die Familie Weilke aufgrund des dienstlich verordneten Umzuges zur Schützenstraße ihre erworbenen Rechte auf eine Wohnung des Spar- und Bauvereins Hörde aufgegeben hatte. Nur mit Hilfe des als NS-Gegner bekannten katholischen Pfarrers Kaiser aus Hörde,



konnte die Familie in einer Wohnung unterkommen, die der katholischen Kirchengemeinde gehörte.

Weilke musste seine fünfköpfige Familie mit monatlich 135,44 RM haushalten. Etwa die Hälfte dieses Betrages entfiel bereits auf die Miete. Heinrich Weilkes Witwe äußerte nach dem Krieg bei ihren Bemühungen um eine Entschädigung: *„Es mag wohl die Absicht der Nazis gewesen sein, meinen Mann als ehemaligen Leiter des Kreiswohlfahrtsamtes Hörde zu zwingen, selbst die öffentliche Fürsorge in Anspruch zu nehmen. Jedenfalls hatte mein Mann damals von Kollegen erfahren, daß die braunen Machthaber des Stadthauses dieses anstrebten.“* Aber der Familie Weilke gelang es, ohne Hilfe der Fürsorge zu überleben. Dazu verkaufte sie alle nicht unbedingt lebensnotwendigen Haushaltsgegenstände, überzählige Kleidung, Schmuck, Uhren und selbst Andenken mit großem persönlichen Wert.

Heinrich Weilke war von seiner Entlassung bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs arbeitslos. Nationalsozialisten hatten erfolgreich verhindert, dass er zu einem früheren Zeitpunkt wieder eine Anstellung bekam. Nun arbeitete er zunächst eine Zeit lang bei der Nordstern-Versicherung, dann – zum 1. Februar 1941 – stellten die Deutsche Edelstahlwerke Aplerbeck ihn für drei Monate auf Probe ein. Sein erstes Gehalt betrug monatlich 240 RM. Das Arbeitsverhältnis wurde verlängert und das Gehalt zum 1. Oktober 1941 auf 290 RM angehoben. Weilke stieg zum Leiter der Grundstücksabteilung der Edelstahlwerke auf.

1942 wurde Heinrich Weilke wegen seiner Mitgliedschaft in der Deutschen Friedensgesellschaft denunziert. Obwohl er durch die Edelstahlwerke als „u.k.“ eingestuft war, musste er sich im August des Jahres zu einer Untersuchung beim Wehrbezirkskommando melden. Weilke hatte sich bei Baumaßnahmen am eigenen Heim einen Leistenbruch zugezogen. Deshalb war er nicht kriegsverwendungsfähig. Nun befahl ihm ein Stabsarzt, sich bis zum 1. Januar 1943 operieren zu lassen, *„andernfalls die Wehrmacht diese Operation selbst ausführen“* lassen wollte. Weilke begab sich daraufhin am 9. November 1942 in das Krankenhaus Bethanien, Dortmund-Hörde. Hier wurde er von einem Oberarzt, der auch SS-Arzt war, operiert. Heinrich Weilke starb am 29. November 1942 an den Folgen der Operation.

### **Beispiel Erich Brock**

Erich Brock, geboren in Aplerbeck am 9. August 1910, erlernte bei der Firma Karl Skradde den Beruf des Formers. Er wohnte zeitweise in Sölde, wo er mehrfach umzog, zuletzt aber wieder in Aplerbeck, Im Winkel 1. Seine kinderlos gebliebene Ehe wurde geschieden.

Vor 1933 war er Mitglied der SPD.

Seine letzte Arbeitsstelle hatte Erich Brock bei der Maschinenfabrik und Eisengießerei Friedr. Albert, Bredenbruch, Post Hemer-Westig. Hier war er vom 4. August 1936 bis zum 27. August 1937 in seinem erlernten Beruf als Former beschäftigt.

Aus Furcht vor Verfolgungsmaßnahmen des NS-Regimes floh Brock zunächst nach Frankreich. Von dort ging er nach Spanien, wo der Bürgerkrieg tobte. Er kämpfte auf Seiten der Republikaner („in der rotspanischen Armee“) gegen den Faschismus. Nach der Besetzung Frankreichs durch die deutsche Wehrmacht kehrte er nach Deutschland zurück.

Am 10. Dezember 1940 wurde Erich Brock als „Rot-Spanien-Kämpfer“ von der Gestapo in Karlsruhe verhaftet und am 31. Dezember in das Polizeigefängnis nach Dortmund überführt. Als Haftgrund ist der Eintrag „Politisch II A“ überliefert. Am 4. Februar erwirkte die Geheime Staatspolizei, Berlin SW, einen Schutzhaftbefehl gegen ihn. In der Begründung heißt es: *„Er gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen*



*Feststellungen durch sein Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem er durch seinen Einsatz in der rotspanischen Armee seine staatsfeindliche Einstellung zu erkennen gibt und befürchten läßt, er werde sich in Freiheit illegal für den Kommunismus betätigen.“*

Am 18. Februar 1941 transportierte man ihn in das Konzentrationslager Dachau. Die dort geführten Krankenunterlagen berichten, dass für „BROCK, Erich, keine weiteren Personalangaben“ in der Zeit vom 29. Mai bis 27. Juni 1941 im Revier des Lagers fünf Laboruntersuchungen vorgenommen wurden. Gemäß dem Operationsbuch des KZ wurden beim Häftling Nr. 23905, Block 17/1, Magengeschwüre diagnostiziert. Deshalb wurde er am 12. Juni operiert („Resektion nach Billroth II“). Auch das Narkosemittel („Evipan Aether“) und der Name des Arztes, der die Operation durchführte (Dr. Lang), sind in dem Operationsbuch überliefert.

Erich Brock überlebte die Operation nur wenige Wochen. Das „Standesamt Dachau II“ bescheinigte am 12. Juli 1941, dass er am 5. Juli 1941 um 22 Uhr in Dachau II verstorben war.